Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2419&koobi...

Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten

(4.7.2012) Attac und die ErstunterzeichnerInnen von "Unser Europa" wenden sich in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinz Fischer. Sie fordern ihn auf, den jetzt im Parlament beschlossenen EU-Fiskalpakt nicht zu unterschreiben. Währenddessen wartet sein deutscher Amtskollege Joachim Gauck die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ab.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Der "Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion" (Fiskalpakt) wird demnächst zur Unterzeichnung auf Ihrem Schreibtisch liegen. Obwohl der politische Druck zur Zeit sehr groß ist, möchten wir Sie bitten, den Vertrag im Sinne des Rechtsstaates Österreich nicht zu unterschreiben. Im Standard vom 22. Juni dieses Jahres werden Sie damit zitiert, dass Sie den Vertrag nur unterzeichnen werden, wenn er "verfassungsmäßig zustande gekommen ist".

Es stellt sich nunmehr heraus, dass die führenden Verfassungs- und Europarechtsexperten des Landes, o. Univ. Prof. DDr. Heinz Mayer, Univ. Prof. Dr. Bernd-Christian Funk, Univ. Prof. Dr. Stefan Griller, Assoz. Univ. Prof. Dr. Franz Leidenmühler und andere, jedoch dezidiert der Meinung sind, dass der "Fiskalpakt verfassungsrechtlich korrekt nur mit Zweidrittel mehrheit bzw. einem Verfassungsbegleitgesetz im Nationalrat beschlossen werden kann".

Wir gehen davon aus, dass Ihnen die Argumente der Wissenschaftler bekannt sind: Artikel 50, Absatz 1, Ziffer 2 in Verbindung mit Absatz 4 B-VG normiert, dass ein völkerrechtlicher Vertrag, durch den die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union geändert werden, einer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat bedarf.

"Ein Vertrag, der nach Europarecht schmeckt, nach Europarecht riecht - und daher wohl faktisch ein europarechtlicher Vertrag ist. Auch wenn der Fiskalpakt formal so tut, als wäre es reines Völkerrecht. Doch der Fiskalpakt nimmt inhaltlich Bezug auf die Europäische Kommission (bekanntlich ein Organ der EU) und versieht sie mit Aufgaben (Kontrolle). Bei den Durchführungsbestimmungen wird ebenso auf sekundäres EU-Recht verwiesen, und der Pakt soll auch früher oder später in - formales - EU-Recht überführt werden." (Prof. Leidenmühler, zitiert in der Wiener Zeitung vom 19. Juni 2012).

Der Vertrag ist materiell verfassungsändernd und bedarf daher der Begleitung durch ein Verfassungsgesetz. Diese Meinung vertreten Prof. Bernd-Christian Funk (öffentliche Veranstaltung am Juridicum, 5. Juni 2012) und Prof. Heinz Mayer, aber auch Prof. Griller, der dies im Rahmen des Hearings im Verfassungsausschuss am 28.06.2012 deutlich zum Ausdruck brachte: "Der Fiskalpakt ist nach Ansicht von Stefan Griller verfassungsändernd und braucht daher im Parlament ein verfassungsmäßiges Ermächtigungsgesetz. Der Salzburger Universitätsprofessor begründete seine Auffassung an Hand von drei Punkten. Der Fiskalpakt sei mit seiner Begrenzung des strukturellen Defizits von 0,5 % weitaus strenger als der bestehende Stabilitäts- und Wachstumspakt ("Six-Pack"), welcher aber verfassungsrechtlich abgesichert sei. Mit den Bestimmungen des Fiskalpakts werde nun aber die Budgethoheit des Nationalrats eingeschränkt, hielt Griller fest.

Darüber hinaus stieß sich Griller am Art. 7 des Paktes, wonach die österreichische Finanzministerin im ECOFIN verpflichtet ist, mit der Europäischen Kommission zu stimmen, wenn es darum geht festzustellen, ob ein anderer Staat die Vorschriften verletzt hat. Eine derartige Bindung eines Regierungsmitglieds an die Äußerungen der Kommission habe es bisher nicht gegeben, merkte er an. Griller befürchtet auch im Hinblick auf die Salvatorische Klausel im Art. 3 Abs. 2 im Zusammenhang mit Art. 7, dass die MinisterInnen nun eine Normenkontrolle vornehmen müssen, ob die Meinung der Europäischen Kommission europarechtskonform ist. Die Klausel besagt nämlich, dass der Vertrag nur insoweit gilt, insoweit er mit den Verträgen der EU vereinbar ist." (Prof. Griller,

Die Männer-Riesenpleite...
Grundsätzliches zum Grundeinkommen...
8 Thesen zum Grundeinkommen...
Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...
ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...
Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...
Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...
Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...
Armut und Diskriminierung sind weiblich...
Einkommensunterschiede: StadträÃ¤tin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...
(20.7.) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...
Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...
Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...
"Best of Business": Reine MÃ¤nnerwirtschaft...
(20.7.) Beatrix Karl ist Ã–AAB-GeneralsekretÃ¤rin...
Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...
3.8. "PraktikantIn gesucht!" Studie Ã¼ber Angebote in Ã–sterreich...
Minisicherung oder: Das Leben der anderen...
Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...
Bezahlen Frauen die MÃ¤nnerkrise?...
Diskriminierte Managerinnen...
Frauenarbeit in der Krise - GesprÃ¤ch mit Dwora Stein (GPA)...
Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...
Darf nur die Post zur Polizei?...
Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...
Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...
Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...
Frauen und Geld: Martina EschelmÃ¼ller-Futschik "TopFit for Money"...
Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...
"Klassenkampf" um die Mindestsicherung...
Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...
Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...
Kein guter Gender Gap Report fÃ¼r Ã–sterreich...
Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...
Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...
Volkskrankheit soziale Unterschiede...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 11.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2419&koobi...

Parlamentskorrespondenz Nr. 564 vom 28.06.2012).

Außerdem erscheint uns folgende Bestimmung verfassungsrechtlich problematisch: Wenn sich Österreich - wie derzeit - im Defizitverfahren befindet, erhalten gemäß Artikel 5 des Vertrags die Kommission und der Rat das Recht, Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme, die eine detaillierte Beschreibungen der Strukturreformen enthalten müssen, zu genehmigen. Dadurch werden die Gestaltungsrechte des Parlaments in Bezug auf Sparpakete und haushaltsrechtliche Prioritätensetzungen drastisch beschnitten, da die Entscheidungsfindung an die Meinung der Europäischen Kommission und des Rates gebunden ist.

Zu denken muss auch geben, dass die Regierungsparteien für das Hearing zum Fiskalpakt im Verfassungsausschuss des Parlaments am 28.6.2012 keine/n einzige/n unabhängige/n Verfassungsjurist/in gewinnen konnten um die Verfassungskonformität zu bescheinigen. Allein der Leiter des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt, Dr. Hesse, unterstützte die Regierungsposition. Wir hoffen, dass Sie die Bedenken der Verfassungsexperten ernst nehmen und den verfassungsmäßig nicht korrekt zustande gekommenen Vertrag nicht unterzeichnen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.a. Alexandra Strickner, Obfrau Attac, Ökonomin
Dr.in Elisabeth Klatzer, Attac Vorstand und Ökonomin
Univ. Prof. i.R. Dr. Emmerich Tálos
Dr.in Michaela Moser, Die Armutskonferenz
Mag. Christian Felber, Buchautor, Attac
Klaudia Paiha, AUGE/UG-Alternative und Grüne GewerkschafterInnen
Mag. Markus Koza, Ökonom, UG Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB
Mag.a. Karin Küblböck, Attac, Ökonomin
Franzobel, Schriftsteller
Philipp Sonderegger, Menschenrechtler

PS: Wir sind uns bewusst, dass Sie vor einer schwierigen Situation stehen. Allerdings wäre eine Unterzeichnung und nachfolgende Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Seiten des Verfassungsgerichtshofes unter Aspekten der Rechtssicherheit und Glaubwürdigkeit der österreichischen Politik wohl noch viel problematischer. Denn unser Verständnis der Materie ist, dass der Vertrag in Österreich zwar nicht angewendet werden darf, wenn der Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil das nicht verfassungsmäßig korrekte Zustandekommen feststellt, die völkerrechtliche Verpflichtung zur Einhaltung und Umsetzung des Vertrages bliebe allerdings bestehen. Diese Situation einer Verfassungskrise in Österreich ist unter allen Umständen zu vermeiden.

Infos:
Attac
Unser Europa
An einen feigen Politiker
Attac (nochmals) an Fischer zu EU-Fiskalpakt
Verfassungsklage gegen ESM angestrebt
ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer (einfach online unterstützen)
Gerhard Köfer, eine rote Stimme gegen den ESM
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition? (Grüne und BZÖ dafür, FPÖ zögert)
Solidarität mit Sonja Ablinger: Weil sie als einzige in der roten Parlamentsfraktion gegen den Fiskalpakt stimmte, wird Sonja Ablinger unter Druck gesetzt. Der Aufruf, den jede/r auch mit Kommentar unterstützen kann, trägt den Titel "Die 57. Stimme".
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt
Der große Euro-Schwindel - Die Doku "Der große Euro-Schwindel" berichtet davon, wie die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil man selbstgegebene Regeln nicht ernst nahm.
Attac-Mailaktion zum Fiskalpakt
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt: Das Marie Jahoha - Otto Bauer Institut in Linz wendet sich in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten.
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt: Attac appelliert per Presseaussendung an die Abgeordneten und an die Öffentlichkeit: Regierung riskiert Verfassungskrise – ESM und Fiskalpakt übertragen „Modell Griechenland" auf ganz Europa
Fiskalpakt: roter Aufstand abgesagt:Bei der Abstimmung über den EU-Fiskalpakt, wird sich der "Aufstand der SPÖ" darauf beschränken, dass Sonja Ablinger (OÖ) ein Nein artikuliert.
Die Grünen und die Regierung - Grüne ermöglichen Verfassungsmehrheit für ESM
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis (ignorieren Bundeskongressbeschluss zum ESM
ESM ohne Durchführungsbestimmungen - diese werden den österreichischen Abgeordneten vorenthalten

- ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...
- Geringe Nachfrage nach einkommensabhÂ¤ngigem Kindergeld...
- Warum Frauen manches (angeblich) besser kÃ¶nnen...
- Wollen Frauen wenig verdienen?...
- Neue Initiative zu Frauen in FÃ¼hrungspositionen...
- Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...
- Unternehmerinnen in Wien...
- Die Einkommenstransparenz kommt...
- Was bringt die Einkommenstransparenz?...
- Kundgebung für eine Sozialmilliarde...
- Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...
- Werben für mehr Väter in Karenz...
- Unternehmen und Krisenmanagement...
- Eine Keule für Christine Marek!...
- Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...
- Von Väterkarenz und Rabenmüttern...
- Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...
- Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...
- Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...
- Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...
- Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...
- Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...
- Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...
- Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...
- Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...
- Kampf gegen Frauenquoten...
- Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...
- Weniger weibliche Führungskräfte...
- Fairer Kaffeespot mit George Clooney...
- Unterwegs im Korruptionssumpf...
- Kampagne "Spielsachen fair machen!"...
- Standard & Poor's versus EU-Staaten...
- Attac zum EU-Gipfel...
- Disput über den EU-Fiskalpakt...
- Pressestunde mit dem Bundeskanzler...
- Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...
- Attac zum Rating für Österreich...
- Frauen wirtschaften erfolgreicher...
- Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...
- Finanzmarktpolitik und Gender...
- Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...
- Was Social Banking bewirken kann...
- Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...
- Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...
- SPÖ sabotiert eigene Forderungen...
- Rote Karte für adidas...
- Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...
- Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...
- ESM ohne

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 11.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac, Attac-,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2419&koobi...

****
Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Zur Zukunft von Ceiberweiber

Gefällt mir Registrieren, um sehen zu können, was deinen Freunden gefällt.

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

- Durchführungsbestimmungen...
- Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...
- Der große Euro-Schwindel...
- Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...
- ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...
- Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...
- Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...
- ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer...
- Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...
- Attac an Fischer zu EU-Fiskalpakt...

WEITERLEITEN DRUCKEN

Home | Impressum | Kontakt | Forum | Downloads | Links |Archiv 1998-2006 |

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 11.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at